

Sehr geehrte Damen und Herren,

als teilnehmende Verbände im „Dialogforum Westschnellweg“ wenden wir uns an Sie, um zu verhindern, dass durch die Sanierung des Westschnellweg (WSW) in Hannover Linden, Limmer und Herrenhausen in großem Umfang Natur zerstört und der Bezirk Linden-Limmer für viele Jahre mit einer Großbaustelle hoch belastet wird.

Es droht ein ähnliches Desaster wie am Südschnellweg, das verhindert werden kann. Die entscheidenden Weichen werden aktuell im Rahmen der Variantenfindung gestellt. Es drohen Vorfestlegungen wie am Südschnellweg, die später eine anwohner-, umwelt- und klimagerechte Lösung unmöglich machen werden.

Die planende niedersächsische Landesstraßenbaubehörde (NLStBV) lässt bis jetzt nicht erkennen, dass sie das Versprechen des damaligen niedersächsischen Verkehrsministers und heutigen Ministerpräsidenten Olaf Lies umsetzen will: „Am Westschnellweg werden wir es anders und besser machen.“

Öffentlich, im Dialogforum und im persönlichen Gespräch haben leitende Vertreter*innen der Behörde dies deutlich gemacht: „Das Vorgehen der Behörde basiere auf den gleichen planerischen Grundsätzen wie am Südschnellweg.“ (Behördenchefin Julia Fundheller HAZ 12.06.2026); der Verlust fast aller Bäume am Westschnellweg ist für die NLStBV eine vorab feststehende Tatsache. (Aussagen im ersten Dialogforum, 06.02.2025).

Ein Bürgerrat wurde beauftragt, Empfehlungen für die Modernisierung des WSW abzugeben. Zentralen Grundsätze des Bürgerrats WSW sind:

- Die Klimaziele müssen eingehalten werden, Umwelt und Naturschutz dürfen nicht beeinträchtigt werden.
- Für den MIV dürfen keine zusätzlichen Flächen verbraucht werden.
- Der MIV muss reduziert werden und der ÖPNV, Fuß- und Radnetz attraktiver gestaltet werden.
- Die Belastung der angrenzenden Stadtquartiere durch die Baumaßnahmen muss möglichst gering bleiben.

Die Ergebnisse des Bürgerrates, die Grundlage der Planung sein sollten, bewertet die Behörde in einer Tabelle im Rahmen des Dialogforums überwiegend mit „wird im weiteren Planungsverlauf überprüft.“ Die NLStBV sieht sich nicht als Adressatin für die Frage, welchen Beitrag die Sanierung des Westschnellwegs zur Verkehrswende und zum Erreichen der Ziele des Niedersächsischen Klimaschutzgesetzes beitragen kann. (Aussage im persönlichen Austausch, Juli 2026)

Anlass der jetzigen Planungen ist die Sanierungsbedürftigkeit zahlreicher Brücken. Dies nimmt die NLStBV zum Anlass, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, dass die gesamte Strecke ausgebaut und für den Autoverkehr optimiert wird. Das Ergebnis wären viele Hundert Millionen Euro Kosten, der weitgehende Verlust an Bäumen & Grünflächen, eine große Belastung der Bewohner*innen von Hannover Linden-Limmer sowie des Autoverkehrs durch mindestens zehn Jahre Bauzeit.

Die Brücken machen jedoch nur 15% der Gesamtstrecke von vier km aus. Die Alternative zu den Modernisierungs- und Ausbauplänen ist klar: Eine reine Sanierung der Strecke im Bestandsschutz außerhalb der Brücken würde auch die Umsetzung der zentralen Empfehlungen des Bürgerrates möglich machen. Expert*innen sagen uns, dass dies in ungefähr 1,5 Jahren und zu einem Bruchteil der Kosten möglich wäre.

Wir begrüßen, dass SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag diesen Punkt folgendermaßen berücksichtigen: „Wir wollen deshalb bei künftigen, vergleichbaren Bauprojekten wie etwa dem Westschnellweg frühzeitig darauf hinwirken, dass Sanierungen im Bestand oder mit geringstmöglichen Eingriffen erfolgen und außerdem die frühen Beteiligungsmöglichkeiten verstärkt nutzen.“

Bis jetzt ist unklar, ob die NLStBV eine Sanierung im Bestand wie oben beschrieben überhaupt ernsthaft prüft. Bitte setzen Sie sich dafür ein, vermeidbaren Schaden von Natur, Menschen, Klima abzuwenden sowie sparsam und sinnvoll mit Steuergeldern umzugehen.

Für Rückfragen und persönlichen Austausch stehen wir sehr gern zu Verfügung.